

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Böhmum, Wiemshauer Straße 38-42. Telephon-Nr. 98 u. 80. Telegr.-Adr.: Altkreis Böhmum.

Werksgewinne und Arbeiterlöhne.

Von Neuorientierung und vom Umlernen war während dieser Kriegszeit schon recht viel die Rede. An den Werksbesitzern ist aber alles spurlos vorübergegangen; sie bleiben die Alten. Darum waren die Bergarbeiterverbände auch schon wiederholt zu Lohneingaben gezwungen, weil die Löhne nicht so gestiegen sind, wie man es unter den obwaltenden Verhältnissen billigerweise hätte erwarten können.

Die Werksbesitzer hatten bei Kriegsbeginn sehr fetze Jahre hinter sich. In der „Bergarb.-Ztg.“ (Nr. 19 vom 9. Mai 1914) haben wir z. B. die Gewinne von 35 großen und kleinen Betrieben und 6 großen gemischten Werken (Böden und Güten) des Ruhrgebietes für die Zeit von 1909 bis 1913 zusammengestellt, welche insgesamt betragen:

	35 reine Betriebe	6 gemischte Werke
1909	81 579 740 Mk.	112 084 540 Mk.
1910	85 980 091 "	185 792 415 "
1911	85 927 873 "	159 866 019 "
1912	118 777 711 "	181 278 157 "
1913	144 085 846 "	215 420 874 "

Summa 511 701 881 Mk. 804 876 105 Mk.

Die Gewinne der fraglichen 41 Werke betragen mithin von 1909 bis 1913 insgesamt: 1 316 077 466 Mk.; allein im Jahre 1913: 360 105 720 Mk. Die Werksbesitzer hätten also nicht nur sehr gut während des Krieges auf Gewinne verzichtet, sondern auch noch etwas zulegen können, ohne sich sonderlich einzuschränken. Aber — die Werksbesitzer sind gute Geschäftsleute. Bei steigenden Kohlenpreisen gingen die Löhne zurück mit dem Erfolg, daß die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 38 vom 14. Februar 1915) befriedigt schreiben konnte:

„Mittlerweile geht es unserer eigenen Kohlenindustrie so gut, wie es unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt möglich ist... Die jetzt von den Gewerkschaften vorliegenden Berichte zeigen, daß eine Reihe von ihnen die Zahlung der Ausbeute wieder aufgenommen hat. Die Ueberschüsse sind im 4. Vierteljahr 1914 gegenüber dem 3. Ueberall wieder gewonnen und zwar bei den meisten recht ansehnlich. Uebrigens ist bemerkenswert, daß selbst im schlimmsten Vierteljahr, im 3., nur drei oder vier Gewerkschaften mit direktem Verlust gearbeitet haben; die meisten hatten selbst in diesem Vierteljahr noch einen, wenn auch ganz erheblich verkleinerten Ueberschuß.“

Die Preis- und Lohnpolitik der Werksbesitzer war also für diese recht vorteilhaft, aber um so nachteiliger für die Arbeiter. Nach der amtlichen Lohnstatistik betrug der Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht im Ruhrbergbau (in Mark):

	Haar und Dehrhauer	Sonstige Untertagsarbeiter	erwachsene Uebertagsarbeiter	Jugendliche Arbeiter	Durchschnitt aller Arbeiter
3. Vierteljahr 1913	6,58	4,58	4,30	1,46	5,42
4. " 1913	6,47	4,58	4,40	1,47	5,38
1. " 1914	6,25	4,51	4,34	1,48	5,25
2. " 1914	6,19	4,52	4,37	1,44	5,22
3. " 1914	6,08	4,50	4,34	1,46	5,07
4. " 1914	6,13	4,52	4,37	1,51	5,03
1. " 1915	6,36	4,48	4,42	1,59	5,18
2. " 1915	6,86	4,69	4,62	1,65	5,39

Den Arbeitern geht es also längst nicht „so gut, wie es unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt möglich ist“. Die Löhne sind bis zum 4. Vierteljahr 1914 rapide gesunken und erst von da ab etwas gestiegen. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter hatte aber selbst im 2. Vierteljahr 1915 die alte Höhe vom 3. Vierteljahr 1913 noch nicht erreicht. Die Preispolitik der Werksbesitzer zeigt aber ein ganz anderes Bild.

Schon bald nach Kriegsbeginn hat das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat einen Preisaufschlag von 3 Mark pro Tonne für das Quantum Kohlen eintreten lassen, welches mehr gefordert wurde, als in den laufenden Lieferungsverträgen vorgesehen war. Nach einem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 1. September 1914 aus Süddeutschland forderte das Kohlenyndikat (Verkaufsstelle des Kohlenyndikats) für seine Abnehmer nun einen Aufschlag von 10 Mark pro Tonne, für neue Käufe aber gar 20 Mark mehr. Die außerhalb des Syndikats stehenden Großhändler forderten mindestens 20 Mk. mehr.“

Damit nicht genug, wurden die Syndikatsrichtpreise, die bekanntlich nicht die Verkaufspreise sind, sondern nur als Grundlage zu deren Festsetzung dienen, ab 1. April 1915 um 1,25 Mark bis 2,25 Mark, die Verkaufspreise des Kohlenyndikats sogar bis zu 4 Mark pro Tonne erhöht.

Der Appetit kam aber hier beim Essen. Obwohl die Werke bis dahin schon meist 1, 2, 3, 3,50 Mk. und mehr an jeder Tonne verdienten, stellte die „D. B.-Z.“ schon in Nr. 113 vom 15. Mai 1915 eine weitere Preissteigerung in Aussicht, mit der Begrün-

dung: „Die erhebliche Steigerung der Selbstkosten ist kaum zu tragen... Man wird sich daher nicht wundern dürfen, wenn die Frage der Erhöhung der Kohlenpreise zur Erörterung gestellt werden würde. Wenn alles teurer wird, kann die Kohle allein nicht billig bleiben, besonders angesichts der Gewinne, die aus Kriegslieferungen erzielt werden.“

Man vergegenwärtige sich demgegenüber nur die Tatsache, daß die Arbeiterlöhne damals noch nicht einmal den alten Stand wieder erreicht hatten, was sich aus der vorstehenden amtlichen Lohnstatistik ohne weiteres ergibt.

Trotzdem hat der Beirat des Kohlenyndikats schon am 29. Juli 1915 beschloffen, die Richtpreise für Kohlen weiter um 1 Mark, für Koks pro Tonne um 2 Mark pro Tonne ab 1. September 1915 zu erhöhen. Die „D. B.-Z.“ (Nr. 174 vom 28. Juli 1915) schickte dieser Preissteigerung folgende Begründung voraus:

„Wenn nun zu einer weiteren Preiserhöhung gegriffen werden muß, so wird dies nicht zu dem Zweck geschehen, um nach dem Vorbild vieler anderer Industriezweige, deren Dividenden während der Kriegszeit auffällig gestiegen sind, außerordentliche Kriegsgewinne zu erzielen, sondern um einem weiteren Ertragsrückgang vorzubeugen, der bei unveränderten Preisen mit Sicherheit eintreten und den Haushalt fast aller Gemeinden im Industriebezirk auf das Empfindlichste treffen würde.“

Das klingt sehr schön, stimmt aber nicht, wie schon die von uns veröffentlichten Gewinnergebnisse beweisen. Den Interessen der Gemeinden wird aber auch am besten gedient durch möglichst hohe Arbeiterlöhne, weil mit den Löhnen die Kauf- und Steuerkraft der Arbeiter steigt und fällt. Die amtliche Lohnstatistik aber beweist, daß die Arbeiterlöhne und damit die Kauf- und Steuerkraft der Arbeiter nicht zelliegen, sondern gefallen sind. Die Preis- und Lohnpolitik der Werksbesitzer dient also weder dem Interesse der Gemeinden noch dem der Arbeiter, sondern nur dem Eigeninteresse. Das beweisen auch die uns bisher weiter bekannt gewordenen Werksgewinne. Diese betragen im 1. bis 3. Vierteljahr 1914 und im 1. bis 3. Vierteljahr 1915:

	1.—3. Viertel 1914	1.—3. Viertel 1915
Alle Gasse	63 180 Mk.	124 798 Mk.
Widder	580 261	701 305
Mannenberg	9 453	83 442
Caroline (Holtzweide)	105 488	287 008
Constantin der Große	5 678 485	5 195 911
Dorlsfeld	428 476	418 713
Erwald	3 643 104	2 758 890
Friedrich der Große	1 695 317	1 701 830
Gotteslegen	81 691	171 568
Graf Bismarck	2 017 880	3 490 632
Graf Schönerlin	488 401	714 147
Heinrich (Ueberruhr)	458 805	690 794
Helene und Anstalt	1 484 688	1 424 794
Johann Deimelsberg	496 178	348 789
Königsborn	1 576 481	1 661 559
König Ludwig	1 414 758	1 365 859
Langebrunn	1 794 480	1 455 747
Lothringen	1 703 925	1 878 789
Mont Cenis	1 848 054	1 866 133
Deppel	143 026	311 052
Schürbant und Charlottenburg	83 592	166 398
Ver. Trappe	182 598	148 394
Vrier	1 558 119	1 890 000
König Wilhelm	1 385 066	1 728 024
Victoria (Kupferberg)	42 423	37 294

Summa 29 461 921 Mk. 30 590 085 Mk.

Diese 25 Werke hatten also insgesamt im 1. bis 3. Vierteljahr 1915 einen um 1 128 164 Mark höheren Gewinn wie in der gleichen Vorjahreszeit, obwohl auf diese Zeit nur zwei Kriegsmo-nate entfallen, in den übrigen sieben Monaten aber voll, d. h. etwa 30 Prozent mehr gefördert wurde, wie in der Kriegszeit. Im 2. Vierteljahr 1914 betrug die Zahl der Gesamtbelegung im Ruhrbergbau 405 183, im 2. Vierteljahr 1915 nur noch 273 382 oder 131 801 gleich 32,5 Prozent weniger. Förderung und Belegung sind also um 30 und mehr Prozent zurückgegangen, die Werksgewinne sind aber trotzdem gestiegen. Damit sind die schön klingenden Thesen, womit die „D. B.-Z.“ die Preispolitik des Kohlenyndikats zu rechtfertigen sucht, wohl genügend abgetan.

Die Preis- und Lohnpolitik der Werksbesitzer entspricht nach alledem nur ihrem eigenen, nicht aber dem Gesamtinteresse. Das kann nicht überraschen. Die Werksbesitzer sind eben, wie gesagt, gute Geschäftsleute. Es war daher auch nicht zu erwarten, daß sie zu Gunsten der Arbeiter während des Krieges auf Gewinn verzichten würden, obwohl sie sich nach den fetten Friedensjahren damit kein allzu großes Opfer auferlegt hätten. Erwartet werden muß aber, daß die Werksbesitzer ihrem Geschäftssinn jetzt wenigstens etwas die Zügel anlegen und den Lohnforderungen der Arbeiter soweit entgegenkommen, wie es die Zeitverhältnisse erfordern.

verträgt sich das mit der Pflicht eines Publizisten in einem neutralen Lande, wie verträgt sich aber ferner diese Beschimpfung der deutschen Soldaten, von denen mehr als eine Million gewerkschaftlich organisiert und noch weit mehr Anhänger der sozialistischen Partei sind, mit der Pflicht eines sozialistischen Blattes, das unparteiisch den Internationalismus vertreten will? Oder braucht nur keine Rücksicht auf die Deutschen, also auch nicht auf die deutschen Gewerkschaftler genommen zu werden? Glaubst man in der Schweiz, nach dem Kriege würden die deutschen Arbeiterorganisationen schon himmelhoch froh sein, wenn „man“ sie nach der „vorgeschriebenen Buße“ gnädigst wieder in die Internationale aufnimmt? Man wird sich wundern!

Zu der Meldung von den Protesten der deutschen Gewerkschaften und des Zentralvorstandes der sozialdemokratischen

Partei gegen den Lebensmittelwucher bemerkt ein anderes schweizerisches Sozialistenblatt, die grundsätzlich deutsch-feindliche „Berne Tagwacht“:

„Es ist nicht die Sorge um das Wohlergehen der Arbeitermassen, sondern die Angst und ihre eigene Stellung in der Arbeiterbewegung, die die Durchhaltepolitik veranlaßt, gegenüber der Regierung solch trübselige Töne anzuschlagen.“

Zu dieser Leistung bemerkt selbst, entsetzt über diesen „neutralen“ Vörendienst, die „Leipziger Volkszeitung“:

„Glaubt die „Berne Tagwacht“, durch Vergleichen der Opposition (!) in Deutschland zu nützen? Die Redaktion des Blattes scheint den Verstand völlig verloren zu haben!“

Der Vorstand der Grimm, Sobelsohn, Grumbach und ihrer „deutschen“ Gewährspersonen erschöpft sich in dem Bestreben, Stank und Rank in der deutschen Arbeiterbewegung zu machen. Weiß man es in Bern nicht, so wissen es doch die Gewährspersonen in Deutschland, daß schon gleich nach Kriegsausbruch die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und der sozialdemokratische Parteivorstand bei der Regierung mit sehr eingehenden Vorschlägen betr. die gute Volksversorgung mit Nahrungsmitteln vorstellig wurden und daß die Arbeitervertreter im Parlament diese Vorschläge sehr energisch vertreteten. Das dürfen die Ausländer wohl nicht erfahren, sondern sie müssen wohl in dem Glauben gehalten werden, die deutschen Arbeiterorganisationen hätten sich „sozialpatriotisch bis auf die Knochen“ dem „Militarismus bedingungslos verschrieben“ und wagten nicht mehr zu kritisieren. Nur so dürfen nun im neutralen und kriegerischen Ausland die einst so berühmten deutschen Arbeiterorganisationen beurteilt werden, damit die „heroische Haltung“ der Zimmer- und anderer weltpolitischer Sinterwandler um so heller als „einziges Licht aus dem Dunkel“ erstrahlen kann. Was denkt man in Bern und Zürich über die Folgen einer derart giftigen und verlogenen Verdichterstattung?

In Mailand hat ein Prozeß zwischen zwei Sozialisten stattgefunden, der ebenfalls ein beachtenswertes Streiflicht auf die „Internationale, die ich meine“, wirft. Der eine Sozialist, Anhänger der Kriegspartei, hat dem anderen, der Kriegsgegner ist, vorgeworfen, er sei ein Deutschfreund (entsetzlicher Vorwurf!) und „von Südekum bestochen!“ Der sozialdemokratische Abgeordnete Südekum ist vor dem Eintritt Italiens in den Krieg in Italien gewesen, um bei seinen dortigen Parteigenossen für die Beibehaltung der Neutralität zu wirken. Daraus ist ein „deutscher Bestechungsversuch“ gemacht worden. Auch der vorerwähnte italienische Sozialist soll „bestochen“ worden sein. Zu dem Prozeß erklärte der sozialistische Parteisekretär Morgari, die ganze Bestechungsgeschichte sei erfunden. Weder von Südekum noch sonst sei von deutscher Seite den italienischen Sozialisten Geld angeboten worden. Wohl aber hätte die deutsche sozialdemokratische Partei lange vor dem Kriege zur Unterstützung des italienischen soz. Zentralblattes („Avanti“, der kriegsfeindlich geblieben ist) einige tausend Mark gespendet. Weiter aber bezogte Morgari — und das ist sehr bezeichnend — die italienischen Sozialisten seien im Herzen franco-souvenfreundlich. Hätte die Regierung sich an die Seite der Oesterreicher gestellt, dann würden die Sozialisten den Generalkriegstreif gegen den Krieg proklamiert haben! Als aber die italienische Regierung den Krieg gegen Oesterreich erklärte, da habe die Mehrheit der Sozialisten zwar scharf gegen den Krieg protestiert, jedoch der Generalkriegstreif unterblieben. Sonderbare Internationalisten! Sie machen einen sehr großen Unterschied zwischen der Bekriegung des einen oder des anderen Landes. Da es gegen den „Erbfeind“ Oesterreich ging, begnügen sie sich mit einem Protest, würde die Regierung gegen den „Erbfreund“ Frankreich mobil gemacht haben, dann würde der Generalkriegstreif gegen den Krieg proklamiert worden sein. Wir glauben auch, daß dieser Generalkriegstreif mächtigen Widerhall im Lande gefunden hätte, aber das beweist auch wieder, wie stark der nationale Gedanke selbst in jenen Kreisen ist, die mit der Phrase: „Der Arbeiter hat kein Vaterland, ihn kümmern die Landesgrenzen nicht!“ um sich werfen. Weil in einigen österreichischen Grenzgebieten die Bevölkerung meist aus Italienern besteht, beherrscht das italienische Volk die Vorstellung, die „unerlösten Brüder“ müßten, sei es auch mit Blut und Eisen, „erlöst“ werden. Dieser nationalsozialistische Gedanke ist auch unter den Sozialisten so stark, wie Morgaris Zeugnis beweist, vertreten, daß die Parteileitung es nicht wagen durfte, ihre öftere Generalkriegstreifankündigung wahr zu machen, als trotz Dreihundvertrag Italien an Oesterreich den Krieg erklärte.

Wir beobachten auch sonst eine gefäßige Parteinahme nur gegen Deutschland und seine Verbündeten seitens solcher Kreise, die als berufene Vertreter internationaler Gemeinschaften gelten dürfen. Der große britische Verein der Eisen- und Stahlwerksvertreter (höhere Betriebsbeamte und Werksbesitzer) hat nach einer leidenschaftlich-gefäßigen Anklage eines seiner Leiter die ausländischen Mitglieder deutscher und österreichisch-ungarischer Herkunft aus der Vereinsliste gestrichen. Die hervorragenden klerikalen Parteiführer und katholischen Kirchenfürsten in Frankreich eifern mit solcher Eifer gegen das — „gottlose“, „barbarische“ Deutschland, fassen derart, auch durch Kanzelpredigten, die Kriegseidenschaft ihrer Gläubigen an, daß sich das päpstliche Organ „Osservatore Romano“ genötigt sieht, ernstlich mahnend zu schreiben: Die katholische Kirche sei die wahre Internationale, die Katholiken aller Nationen seien Brüder! Also auch in den anderen Internationalen werden die Deutschen als Vogelfreie, die den „Krieg gewollt“ haben, behandelt.

Eine weitere lehrreiche Meldung kommt aus Schweden. Dort sind die hervorragenden sozialistischen Parteimitglieder Professor Dr. Steffen, Dr. Jaerte und Dr. Larsson aus der Partei gestochen worden, weil sie angeklagt worden sind (bewiesen ist die Anklage nicht), an einem Buch, das die Schweden zu einem Krieg gegen Rußland auffordern soll, mitgearbeitet zu haben. Ein genauer Landeskenner vertritt uns, der Ausschluß der drei sei hauptsächlich auf Betreiben des gegen Deutschland drei eingetragenen Haupt-

Sonderbare Internationalität.

Kürzlich veröffentlichte ein Züricher sozialistisches Blatt eine ihm angeblich aus Deutschland zugegangene Mitteilung, nach welcher es scheint, als wenn die deutschen Soldaten zur „Aufpeitschung des Mutes“ jofuzagen mit Schnaps vollgegossen würden. Ungefähr nach dem Motto: „Schnaps, dir leb ich, Schnaps, dir sterb ich!“ Wer in Deutschland lebt, weiß, daß hier genau im Gegenteil die militärischen und Zivildienstbehörden scharf für die Einschränkung des Alkoholverbrauchs wirken. Seine Mitteilung kann dem Züricher Blatt also nicht aus Deutschland zugegangen sein, oder aber dieser „Deutscher“ ist ein heillos verlogener Bursche. Wie kommt das „neutrale“ Blatt in Zürich (Schweiz) dazu, diesem Erguß eines Giftsprüfers weitere Verbreitung zu geben? Wie

redakteurs des schwedischen soz. Hauptorgans, Sojalmer Branting, erfolgt. Steffen selbst schreibt dazu in einem offenen Briefe:

„Ich erkläre mich ausdrücklich schuldig der in den Augen der Herren Sebean und Branting unverzeihlichen Todsünde, daß ich Deutschland den Sieg als eine notwendige Voraussetzung für Sozialismus, Demokratie, Sozialismus, sowie für Schwedens Annäherung an Deutschland nach dem Kriege und als eine Vorbedingung für das unangelegte Weiterbestehen des schwedischen Staates ansehe.“

Uns interessiert hier nur die merkwürdige Tatsache, daß drei schwedische Sozialisten, die aus ihrer Sympathie für Deutschland kein Hehl machen, der Parteimitgliedschaft für unwürdig erklärt worden sind, während die Branting und Genossen ruhig ihrer glühenden Sympathie für den „demokratischen Arbeiterverband“, zu welchem doch auch das zaristische Rußland gehört, wie immer Ausdruck verleihen dürfen. Der Hauptführer der schwedischen Gewerkschaften, Kollege Lyndequist, hat gegen das Inkraftsetzen protestiert. Aber was hilft es, es handelt sich ja „nur“ um Deutschland. Vor der Kriegsvorbereitung französisch-russischen Bündnispolitik, vor der auf die Mobilisierung Deutschlands gerichteten Einkreisungspolitik britischer Regierungsvorworte verschließen jene sonderbaren Internationalen die Augen. Sie sehen nur „Deutschland als den Sündigen“, sie vergehen jeder anderen nationalen Arbeiterkraft das Eintreten für die Landesverteidigung, so für die Verbreitung des Kriegsgewaltens, aber daß die deutschen und österreichisch-ungarischen Arbeiter sich, als sie ihr Heimatland von gewalttätiger feindlicher Uebermacht bedroht sahen, nicht gleichgültig beiseite stellen, sondern mithalten die aller schlimmsten Kriegsfolgen von den Wohnsitzen ihrer Eltern, Frauen und Kinder abzuwehren, das ist in den Augen jener sonderbaren Internationalen „eine Schande“, ein „Verrat an der Internationale“.

Wer etwa glaubt, im Bunde mit diesen vorurteilsvollen „Internationalen“, durch Verschönerung der chauvinistischen Ergebnisse im Auslande und Verunglimpfung gerade der Arbeiterklasse, die immer noch sich als die ehrliche und auch praktisch opferwilligste Freundin der dauernden, friedlichen Völkerverständigung betätigt hat, „gute Vorarbeiten“ für die „Internationalen“ zu leisten, der ist verflucht schief gewickelt.

Antwort des sächsischen Ministeriums auf die Eingabe der Bergarbeiterverbände.

III.

Zu der Antwort des sächsischen Ministeriums auf die Eingabe der Bergarbeiterverbände wird uns noch geschrieben:

Nachdem das Ministerium die drückende Erneuerung der Lebensmittel in Verbindung mit der schweren Arbeit der Bergarbeiter hervorgehoben hat, wird anerkannt, daß alles getan werden muß, um den Bergarbeitern in ihrer jetzigen wirtschaftlichen Lage behilflich zu sein. Es wird dann auf die bewilligte Leuerungszulage hingewiesen und gesagt, daß damit den Wünschen der Bergarbeiter entsprochen worden sei, weil doch in unserer Eingabe dieses als das Mindestmaß, was gefordert werden müßte, bezeichnet worden sei. Wir möchten hierzu bemerken, daß diese Zulage bereits im April gefordert wurde, die Bergarbeiter aber den zweiten Teil erst im Oktober erhalten haben. In den ersten acht Kriegsmonaten haben die Bergarbeiter eine Zulage überhaupt nicht erhalten und in den sechs Leuerungsmonaten April-September nur die Hälfte von dem, was wir als das Mindeste gefordert haben. Mittlerweile sind aber die Lebensmittelpreise noch bedeutend weiter gestiegen. Nicht interessant ist es, wie das königliche Bergamt, welches an das Ministerium Bericht erstattet hat, sich in den Betrachtungen über die wirtschaftliche Lage der Grubenbesitzer, unseres Erachtens doch etwas zu weit auf die Seite der letzteren gestellt hat. Daß auch die Bedarfsartikel der Werke im Preise gestiegen sind, wissen wir. Daß aber die Werkverwaltungen nur die Kohlenflöße in erster Linie abbauen, in denen die Verhältnisse am günstigsten und die Ergiebigkeit am größten ist, trifft nicht im allgemeinen zu. Es werden auch heute Flöße abgebaut, welche von geringerer Güte sind und ebenso werden Vorrichtungsarbeiten gemacht, neue Bremsen aufgeföhren, so daß mit wenigen Ausnahmen der Abbau so vor sich geht, wie es eben durch die Verhältnisse geboten ist. Wenn manche Werke nur die besten Flöße abbauen, so ist das keine Kriegsercheinung, sondern das ist den Bergarbeitern auch vor dem Krieg hinreichend bekannt, und haben dieselben sich manches Mal darüber gemündert. Wenn dann gesagt wird: „Für die Werke besteht deshalb auch die Notwendigkeit, soweit es überhaupt möglich ist, bare Rücklagen für die später unbedingt kommenden unglücklichen Zeiten anzuhäufeln.“ Soll das ein leiser Hinweis sein, daß die Werke an der Grenze der Leistungsfähigkeit in bezug auf höhere Löhne angelangt sind? Die Werkverwaltungen sind praktischer genug, um zu wissen, was sie in ihrem Interesse tun und nicht tun können. Ausgerechnet während des Krieges sollen Rücklagen für spätere schlechte Zeiten gemacht werden. Wer kann denn während des Krieges Rücklagen machen? Außer den Bucherern und bestimmten Kriegslieferanten niemand. Die Arbeiter haben, soweit sie einen abgedachten Sparfennig gehabt haben, denselben schon längst zugeföhrt und machen insofern Schulden, weil sie in der jetzigen Zeit nicht die notwendigen Kleidungsstücke, Wäsche usw. ersetzen können. Daß die Werke für die im Felde stehenden Angehörigen Unterstützungen zahlen, erkennen wir ohne weiteres an. Peinlich muß es aber beröhren, daß selbst die Liebesgaben hervorgehoben werden, welche die einzelnen Werke an die im Felde stehenden früheren Belegschaftsmitglieder gesandt haben. Was hat denn dieses mit den Lohnforderungen der Bergarbeiter zu tun? Es gibt Werke, wo die Feldpost- und Liebesgabenwendungen auch von den freiwilligen Beiträgen der Arbeiter und Beamten mit bestritten werden, ohne daß dieses besonders hervorgehoben wird. Wer Wohltätigkeit übt, wer Liebesgaben spendet, nehmen wir an, daß es gern und mit Freuden gegeben wird, dann soll man es aber nicht so auf den Markt tragen. Der Arbeiter, und wenn er nur 100 Mark verdient, er gibt jeden Monat 1 Mark für die Kriegshilfe, welche auf den Werken noch besonders eingeföhrt ist, trotzdem er zu Hause diese 1 Mark recht notwendig gebrauchen könnte. Wer viel hat und gibt, der bringt keine Opfer, wer aber selbst darbt und trotzdem gibt, der bringt Opfer.

Wir hatten in der Eingabe eine Anzahl Werke genannt und die im Jahre 1914 erzielten Gewinne vermerkt. Das Bergamt führt die gleichen Werke auf und teilt den Mindererdienst mit, welchen die einzelnen Werke im Kriegsjahr 1914 verdient haben. Bei elf Werken ist der Verdienst von 34 Prozent bis zu 55,0 Prozent zurückgegangen, während bei einem Werke ein Mehrerdienst um 5,5 Prozent gegenüber dem Jahre 1913 zu verzeichnen ist. Als einziges Werk, welches mehr verdient hat, kommt der Zwickau-Oberhobndorfer Steinkohlenbauverein in Frage, ausgerechnet das Werk, von dem die meisten Klagen über zu niedrige Löhne bekannt sind. Wenn in der Antwort gesagt wird: „Die Gewinnsummen an sich müssen außerdem noch mit den eingezahlten Aktienkapitalien und den übrigen Vermögensverhältnissen der Werke in Beziehung gebracht werden, wenn man ein richtiges Bild über sie erlangen will“, so ist das auch unsere Meinung. Die mitgeteilten Weniger-Gewinne beweisen

nämlich durchaus nicht, daß die Finanzlage der Werke eine schlechte ist. Die mitgeteilten „Weniger-Verdienste“ ergeben noch eine ganz hübsche Verzinsung der eingezahlten Kapitalien. Es gibt Werke, die in früheren Jahren eine Dividende pro Aktie von 200 bis über 800 Mark ausgezahlt haben. Die eingezahlten Aktienkapitalien sind schon längst in Form von Dividenden in die Hände der Aktienbesitzer zurückgeföhren. Noch in den letzten Jahren haben verschiedene Werke pro Aktie eine höhere oder ziemlich so hohe Dividende ausgezahlt, als wie die Aktie pro Stück geföhrt hat. Wir wollen damit nur zum Ausdruck bringen, daß die Finanzlage der Werksbesitzer eine solche ist, die es ermöglicht, den Bergarbeitern in dieser teuren Zeit anständige Löhne zu zahlen. (Das haben wir in voriger Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ in bländigster Form nachgewiesen. D. Red.)

Ein großer Irrtum ist es, wenn in der Antwort erklärt wird: „Das Auffüllen der Grube ist im sächsischen Bergbau nur wenig bekannt.“ Wir müssen demgegenüber bemerken, daß dieses System nicht nur sehr bekannt ist, sondern manchmal recht erste Klagen darüber laut werden. Wenn die Steinkohlenwerke darüber klagen, daß sie geschädigt werden, wenn die Grube ungenügend gefüllt über Tage kommen, so soll man die Schuld nicht den Arbeitern geben. Es gibt keinen Bergmann, der vor Ort den Grund nicht ordentlich füllt. Was bei dem weiten Transport in den Strecken, auf Bremsbergen und Schächten geschieht, dafür kann der Bergmann nicht verantwortlich gemacht werden. Eine Bestimmung im Berggesetz gibt es nicht, die ungenügend gefüllt lautend könnte: „Alle Förderstrecken in den Gruben müssen räumlich so beschaffen sein, daß genügend gefüllte Grube bequem transportiert werden können.“ Wenn das im Bergbau möglich wäre, würden die Klagen der Bergarbeiter sowie auch der Werke, über diese Frage verhallen. Wogegen wir uns aber wenden, ist, daß das Bergamt sagt: „Weide Arten des Verfahrens vermeiden unseres Erachtens eine Schädigung der Belegschaft, und es wird auch beim Stellen der Bedinge auf die einschlagenden Verhältnisse möglichst Rücksicht genommen.“ Eine Anzahl Bergarbeiter, welche wir über diese Frage gehört haben, konnten sich über die Weltfremdheit des Bergamts nicht genug wundern. Wenn die Werke die im Laufe eines Monats zum Nachfüllen erforderlichen Kohlenmengen der Gesamtheit aller kohlenfördernden Arbeitsörter nach dem Verhältnis der von den einzelnen Ortsbelegschaften gelieferten Grube abziehen, so ist das eben ein schweres Unrecht. Es kann und darf doch nur den Betriebspunkten ein Abzug gemacht werden, die nachweislich die Grube ungenügend gefüllt haben. Wie beim Stellen der Bedinge darauf Rücksicht genommen werden soll, ist und bleibt ein Geheimnis der Bergbehörde. Aber auch die Art, wie die Mängel gemacht werden, ist unzulässig. Auf manchen Werken erfährt der Arbeiter überhaupt nichts, wo die fehlenden Grube hingekommen sind. Was abgezogen wird, muß man sich ruhig gefallen lassen. Auf anderen Werken wieder werden 4-10 Prozent der geförderten Grube im Monat abgezogen, ganz gleich, ob diese zum Auffüllen gebraucht werden oder nicht. Diese unzulässige Willkürherrschaft ist es eben, was die Arbeiter empört und deshalb abgeschafft werden sollte. Der Arbeiter hat einen Anspruch darauf, über seine geleistete Arbeit eine Uebersicht zu haben und dieselbe bezahlt zu erhalten. Daß der Bergbehörde noch keine Beschwerden von Arbeitern oder Arbeiterausschüssen unterbreitet worden sind, ist für uns und die denkenden Bergarbeiter ganz erklarlich.

In bezug auf das Verfahren von Ueber- und Nebenschichten berichtet das Bergamt, daß dieses keineswegs übertrieben wird, und daß nichts von gesundheitlichen Nachteilen bekannt geworden ist, die das übermäßige Verfahren solcher Schichten verursacht hätte. Auch aus den Kreisen der Bergarbeiter selbst wären Klagen hinsichtlich des Verfahrens von Ueber- und Nebenschichten nicht bekannt geworden. Daß die gesundheitlichen Schädigungen nicht sofort auftreten, dürfte wohl so ziemlich bekannt sein. Die meisten Bergarbeiter verfahren eben eine jede ihnen angebotene Schicht, weil die Sorge um die Ernährung der Familie bei der jetzigen Leuerung jede Rücksicht auf sich selbst ausdünzelt. Hier müßte eben, wie von uns bereits in der Eingabe vom Monat März unter Punkt 4 verlangt wird, eine bessere Regelung des Verfahrens von Ueber- und Nebenschichten herbeigeföhrt werden. Wenn jetzt auf den meisten Werken durchschnittlich pro Tag zwei Stunden länger gearbeitet wird und dann noch drei zwölfstündige Sonntagschichten in manchen Monaten hinzukommen, so ist das zweifellos ein übertriebenes Verfahren von Ueber- und Nebenschichten. Daß selbst bei hohen Temperaturen nicht eingehalten werden, soll nur nebenbei bemerkt werden. Daß sich jetzt im Kriege bestimmte Ueber- und Nebenschichten nicht vermeiden lassen, haben wir bereits früher zugegeben. Vollständig im Irrtum ist aber das königliche Bergamt, wenn es schreibt: „Die Ueber- und Nebenschichten werden aber fast ausnahmslos nur verfahren, damit solche Arbeiten ausgeföhrt werden können, die während der regelmäßigen Schicht nicht gut erledigt werden können.“ Die Ueber- und Nebenschichten werden mit seltenen Ausnahmen nur zur Kohlenförderung verwendet. Fast auf allen Werken ist doch eine verlängerte Schichtzeit eingeföhrt, in welcher gefördert wird und die man doch ohne Zweifel als Ueber- und Nebenschicht bezeichnen muß. Gätte das Ministerium des Innern erneut eine Deputation der Bergarbeiter geschickt, so wäre Gelegenheit gewesen, alle diese Fragen besprechen zu können und hätte dies vielleicht dazu beigetragen, manchen Irrtum aufzuklären. M. K.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Befehl betreffend die russischen Arbeiter.

7. Armeevors. Stabschef Generalkommando. Minister, 1. November 1915. Auf Grund der §§ 4 und 9. des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (Gesetzsammlung Seite 451) beordere ich für den Bezirk des 7. Armeevors. folgendes: § 1. Allen russischen Arbeitern männlichen und weiblichen Geschlechts ist es bis auf weiteres künftighin verboten, rechtswägrig das Land zu verlassen. Nicht betroffen werden von diesem Verbot lediglich diejenigen durch Arbeitsverträge nicht gebundenen weiblichen und im Alter von unter 17 oder über 45 Jahre stehenden männlichen Arbeiter, welche im Besitze einer direkten Fahrkarte nach einer Eisenbahnstation eines neutralen Landes sowie eines von der gesandtschaftlichen oder konsularischen Vertretung des neutralen Staates bishierigen Passes sind und den für die Ueberschreitung der Reichsgrenze bestehenden Vorschriften genügen. § 2. Sämtliche russischen Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen die Grenzen des Ostpreuzen (Gemeinde- und Kreisbezirk) ihrer Arbeitsstelle, soweit nicht der Befehl des sonst- und seitständigen Gouvernements in der der Arbeitsstelle nächstgelegenen Kirche ihrer Konfession in Frage kommt, nicht anders als mit schriftlicher Genehmigung der Ortspolizeibehörde überschreiten. Der Uebergang in eine neue Arbeitsstelle ist nur unter Beachtung der für die Umänderung der Arbeiter-Regimentationskarte geltenden Vorschriften zulässig und, wenn die Arbeitsstelle in einem anderen Ostpreuzen (Gemeinde- und Kreisbezirk) des Ostpreuzenbezirks liegt, an die Genehmigung der Ortspolizeibehörde, wenn sie in einem anderen Ostpreuzenbezirk liegt, an die Genehmigung des für die bisherige Arbeitsstelle zuständigen Landrats (in Stadtkreisen des Ersten Bürgermeisters) gebunden. Die für den Aufenthalt und die polizeiliche Meldung von ausländischen Arbeitern bestehenden allgemeinen Vorschriften bleiben hierdurch unberührt.

§ 3. Für die von dem Verbot des § 1 betroffenen in der Landwirtschaft und ihren Nebenbetrieben beschäftigten russischen Arbeiter gelten ferner folgende besondere Vorschriften:

Sie werden beim Ablauf ihrer derzeitigen Arbeitsverträge neu für die Wintermonate und das Wirtschaftsjahr 1916 geltende Arbeitsverträge abzuschließen haben und sind verpflichtet, spätestens bis zum 31. Januar 1916 die Ausstellung der Arbeiter-Regimentationskarte für 1916 bei der Ortspolizeibehörde zu beantragen. Die Arbeitgeber haben sich zu vergewissern, daß leibgebachter Verpflichtung pünktlich nachgekommen wird, und haben die säumigen Arbeiter bis spätestens zum 6. Februar dem zuständigen Landrat zu melden, hierbei auch mitzuteilen, ob der Abschluß eines neuen Arbeitsvertrages erfolgt ist oder nicht.

Denjenigen russischen Arbeitern, welche beim Ablauf ihres diesjährigen Arbeitsvertrages einen neuen Vertrag noch nicht abgeschlossen haben, ist für die Zeit vom Ablauf des Vertrages bis zum Abschluß eines neuen von dem bisherigen Arbeitgeber Unterföhnt und Verpflichtung gegen eine vom Arbeitnehmer einzuziehende, erforderlichenfalls von seiner Sicherheitsleistung in Abzug zu bringende Entschädigung von 0,70 M. für den Kopf und Tag zu gewähren.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen im § 1 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Der Versuch ist strafbar. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen im § 2 werden, sofern sie zum Zwecke des Kontraktbruchs erfolgt sind, ebenfalls mit Gefängnis bis zu einem Jahre, aberntfalls mit Geldstrafen von 10 bis 60 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft. Beigt im Falle des § 2 die Absicht des Kontraktbruchs nicht vor und beträgt die verbotsmäßige Dauer der Entfernung aus dem Gemeindef. Gutsbezirk, vom Mittage des Tages der Entfernung an gerechnet, nicht länger als 24 Stunden, so tritt im ersten und zweiten Falle des Zuwiderhandelns Geldstrafe von 3 bis 9 Mark, im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe ein.

Arbeitgeber, die den Bestimmungen in § 3 zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft. § 5. Dieser Befehl tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft. Die Befehle vom 5. Oktober 1914 I b Nr. 6648 und vom 21. August 1915 I b Nr. 24350 werden gleichzeitig aufgehoben. Der stellvertretende kommandierende General des 7. Armeevors. Hr. v. Gayl, General der Infanterie.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Kohlengrube als Goldgrube.

In der „Sächsischen Zeitung“ finden wir dieses Inserat: **Erstklassige Beteiligung.** **Teilhaber gesucht.** Es wird nicht unbedingt auf Vermittel gesehen und erst genügt Sicherheit. Streng stille Sache mit großem Einkommen. Falls Verleumdung militärisch, kann er erst den Verwalterposten gegen Gehalt mit Dornitz in Großstadt Rheinlands übernehmen. — Disposition geben und verlangen. Detaillierte Angebote unter E K 1051 an die Typ. d. Bl. erbeten.

Diese Aufforderung zur Teilhaberschaft stimmt sehr schlecht überein mit den andauernden Klagen der Werksbesitzer über „stark gestiegene Selbstkosten“, die angeblich „nur einen geringen Betriebsnutzen“ gestatten. Aus vorstehendem Inserat erfahren wir, daß selbst ein nur „kleines Kohlenbecken“ dem Besitzer schon ein „großes Einkommen“ sichert. Wie wird es da erst mit dem Einkommen der großen Bergwerksbesitzer ausfallen?

Gute Lage der Bergwerks- und Hüttenindustrie.

Die Berg- und Hüttenindustrie berichtet: „Bei der Vorkriegszeit Bergwerksgesellschaft hat, wie uns mitgeteilt wird, vor kurzem eine Aufrüstungsaktion stattgefunden, in der der Vorstand über die Geschäftslage berichtete. Eine offizielle Auslassung über die Eignung ist nicht abgegeben worden; aber wir hören, daß der bisherige Verkauf des Geschäftsjahres 1915 gut war; es sei mehr verdient worden als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, in die allerdings der Kriegsausbruch gefallen ist. Man rechnet auch für den Rest des Geschäftsjahres 1915 auf einen betriebliehen Verkauf, und zwar im Hinblick auf den günstigen Gang des Geschäftes in Kohlen und Koks. Die Vorräte in Koks dürften geräumt sein. Die Preise für Brennstoffe seien besser als zur gleichen Zeit des Vorjahres und der Absatz sei flott. Natürlich bestehen auch hier erhöhte Selbstkosten und Löhne.“

Bessere Zuzugnahme der Roheisenerzeugung.

Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat die Roheisenerzeugung im deutschen Zollgebiet betragen (in Tonnen):

	1914	1915
Januar	1 566 505	874 193
Februar	1 445 511	803 623
März	1 602 714	988 433
April	1 534 429	938 670
Mai	1 607 211	985 968
Juni	1 531 826	998 406
Juli	1 561 944	1 047 503
August	587 081	1 050 610
September	580 837	1 093 078
Oktober	729 841	1 076 343
November	788 306	
Dezember	838 831	

Die Erhöhung gegenüber dem Vormonat ist diesmal besonders groß, denn sie beträgt mehr als 40 000 T. Allerdings kann bei einer entsprechenden Erhöhung des wirklichen Produktionsniveaus nicht gesprochen werden, denn zum erheblichen Teil ist die Erzeugung im Oktober dadurch hervorgerufen worden, daß dieser Monat 31 Arbeitstage gegen nur 30 Tage des Septembers hatte. Die arbeitstäglige Förderung in den verschiedenen Monaten seit Kriegsbeginn zeigt folgendes Bild (in Tonnen):

	Arbeitsstäglige Erzeugung:		
1914 August	18 925	1915 April	31 280
September	19 396	Mai	31 805
Oktober	23 543	Juni	33 116
November	26 209	Juli	33 798
Dezember	27 545	August	33 890
1915 Januar	28 198	September	34 436
Februar	28 701	Oktober	34 721
März	33 272		

Danach ist auch im Oktober wieder eine — wenn auch nur mäßige — Erhöhung der arbeitstägligen Produktion erreicht worden.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Erinnerungen

aus der Kindheit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht Kollege Theodor Leipart, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, in den „Sozialistischen Monatsheften“. Er schildert die mannigfachen Widerstände gegen die Generalkommission, namentlich die Gewerkschaftsdebatte auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Köln 1893, ihre Folge und das Verhalten Leiparts. Dieser hatte in Köln das Referat über die Gewerkschaftsbewegung gehalten. Leipart schreibt dazu: „In diesem Vortrag beschränkte er sich über mangelhafte Förderung der Gewerkschaften durch die Parteipresse und die führenden Parteigenossen, worauf man ihm mit dem Vorwurf antwortete, daß er durch die Identifizierung der Generalkommission mit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Debatte einen persönlichen Charakter aufgedrückt hätte. Alle Parteiführer beurteilten, wie hoch sie die Gewerkschaften einschätzten. Aber manche ihrer Ausführungen sprachen doch allzu deutlich dafür, daß sie von der Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung nur sehr gering dachten. Wie somigich lieft es sich heute,

das es damals als „Größenwahnsinn“ bezeichnet wurde, wenn die Generalkommission etwa „mit der Parteileitung wie von Nacht zu Nacht verhandeln“ sollte. Und wie sehr hat die Erfahrung seit 1893 den damaligen Wunsch einer namhaften Parteiführerin, „daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer vergrößert wird“, ins Gegenteil gekehrt! Aber auch noch die folgende Reminiscenz ist gerade jetzt von einigem Interesse. Legien mußte sich nämlich damals auch den Vorwurf gefallen lassen, daß er sich „in der Gesellschaft der Doktoren“ besonders wohl fühle, und zwar, weil er für das „Sozialpolitische Zentralblatt“ (die heutige „Soziale Praxis“) Artikel geschrieben hätte. Selbst wenn alle anderen gegen ihn erhobenen Angriffe berechtigt gewesen wären, dieser eine war es ganz gewiß nicht. Der Legien wirklich kennt, wird gerade ihm zu allererst nachsagen, daß er sich nach dem Verkehr mit Doktoren und Professoren ufu. dränge (trotz dem berühmten Thimme-Legien'schen „Buch der Zwanzig“). Ganz mit Recht wendete er 1893 in Köln ein, „daß wir den gebildeten Kreisen, die nicht mit uns sympathisieren, aber die Arbeiterfrage studieren wollen, auch auf diesem Wege Gelegenheit geben sollen, sich zu informieren“. Die Gewerkschaften, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung für die Verbesserung der Arbeiter zu wirken hätten, müßten auch berechtigt sein, überall da zu wirken, wo sie wirken könnten, nicht auf dem Sozialen Monarchen in Frankfurt, dessen Besuch bekanntlich Weibel heftig getadelt und als „Ganossangang“ bezeichnet hatte. Selbst ein so ruhiger und erfahrener Mann, wie Paul Gannover hatte von der Debatte in Köln den Eindruck bekommen, daß die Trübsale des Parteiens, wie er sagte, zur „Guillotine für die Gewerkschaftsbewegung“ geworden sei. Aber diese Befürchtung hat sich, wie Legien zwölf Jahre später, in seinem Artikel zum Kölner Gewerkschaftskongress in den „Sozialistischen Monatsheften“ ausführlich, glücklicherweise nicht bewahrheitet, wie auch manches andere, was man über die Zukunft der Gewerkschaften Deutschlands auf dem Kölner Parteitag prophesiehte, nicht eingetroffen ist. Und als Legien dann diesen Kongress in Köln eröffnete, sagte er, daß der Eindruck der damaligen Debatte nach außen hin günstiger war, daß sie aber doch sehr reinigend gewirkt und den Gewerkschaften auch genutzt hätten. Welche Angriffe alsdann die Verhandlungen dieses Kölner Gewerkschaftskongresses, insbesondere die Beschlüsse über die Parteien und den Massenstreik, in der Partei hervorgerufen haben, ist gewiß noch in aller Erinnerung. In seinem Korrespondenzbericht über die Frage des Massenstreiks auf dem Mannheimer Parteitag (1906) verfaßt Legien jedoch mit aller Entschiedenheit das Recht der Gewerkschaften gerade in dieser Frage in erster Linie gebührt zu werden; denn „sonst es zur Anwendung dieses Kampfmittels, dann sind die Gewerkschaften die ausführenden Organe, und sie sind es, die auch den größten Teil der Führer zu stellen haben werden“.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“, die während der Sturm- und Drangperiode der Generalkommission oft kritisch-fachliche Stellung zu ihren Maßnahmen genommen hat, schreibt an leitender Stelle:

„Die Stellung der Generalkommission ist heute fest begründet. Sie hat ihren nicht zu gering zu bemessenden Teil dazu beigetragen, die deutsche Gewerkschaftsbewegung auch innerlich auf die Stufe zu bringen, die sie heute einnimmt. Sie hat dem der Gewerkschaftsbewegung so nötigen Einheitsgedanken zum Durchbruch verholfen. Zwar fehlte sie nicht alle ihre zweifellos zutreffenden Absichten durch, so nicht ihren Lieblingsgedanken des Zentralstreiks, allein ihr Tätigkeitsgebiet ist im Laufe der Zeit so umfangreich geworden, daß sie dadurch den Gewerkschaften die wertvollsten Dienste leistet. Dies zu dem Gedankengut des 23jährigen Bestehens der Generalkommission aufzuführen, ist uns eine Herzenspflicht und wir sind überzeugt, daß wir damit auch die Gesinnungen aller unserer Kollegen zum Ausdruck bringen. Von der Generalkommission der Gewerkschaften ungetrenntlich ist Karl Legien. In ihrem Gedankengut liegt er auf die 23jährige Tätigkeit als ihr Vorsitzender zurück. Wir sind nicht gewöhnt, jemandem Schmeicheleien zu sagen, auch Legien selbst ist kein Freund davon. Aber das hindert uns nicht auszusprechen, daß Legien in diesen 23 Jahren mit unermüdetem Mut und großem Fleiß für unsere Sache gewirkt und daß ihm dafür reicher Dank gebührt. Wir empfehlen ihm zu seinem Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.“

Die Generalkommission hat zu ihrem Jubiläum eine schöne Erinnerungsschrift von 185 Seiten Umfang herausgegeben unter der Benennung: „25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890 bis 1915. Erinnerungsschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum der Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Von Paul Umbreit.“ Der Preis der gebundenen Schrift ist im Buchhandel 3 Mk., für die Gewerkschaftsmittglieder bei Bezug durch ihre Organisation 1,80 Mk. Wir empfehlen nicht, unseren Kameraden die Anschaffung der Schrift aufs wärmste zu empfehlen.

Christliche Gewerksvereine und landwirtschaftliche Organisationen.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ befand sich in seiner Nummer 23 abermals mit der Wickmann'schen landwirtschaftlichen Organisationen bei der Lebensmittelversorgung während des Krieges. Schon zu Anfang des Jahres, so schreibt das Blatt, habe es die Ueberzeugung ausgesprochen, „daß die landwirtschaftlichen Organisationen diese Prüfung (Unterordnung des Sonder- unter das Allgemeininteresse) größtenteils nicht bestanden haben.“ Dann heißt es weiter:

„Das Verhalten ihrer Mitglieder hat sie gerichtet, indem diese durchweg rücksichtslos ihr Interesse in den Vordergrund gestellt und es abgelehnt haben, das Allgemeininteresse vorzugehen zu lassen. Und das zu einer Zeit, wo diese Rücksichtnahme auf das Allgemeininteresse eine Lebensfrage für unser Vaterland war. Wir wissen, daß ein derartiger Vorwurf die landwirtschaftlichen Organisationen nicht allgemein, auch nicht allein und ausschließlich trifft; daß aber sie versagen, war von allergrößter Tragweite, weil auf die Landwirtschaft während der Kriegszeit im Innern des Landes alles ankam. Gegen unsere Ausführungen haben landwirtschaftliche Organe in entschiedenster Weise Front gemacht...“

„Seute nun liegt die Sache so, daß wohl kein Mensch mehr die Partei der landwirtschaftlichen Organisationen zu ergreifen bereit ist. Letztere haben sich denn auch wohl nicht umsonst in letzter Stunde öffentlich an ihre Mitglieder gewandt, um sie zur Bereitstellung von Kartoffeln zu veranlassen. Darin liegt der härteste Beweis dafür, daß ihre Politik verfehlt hat und daß wir von unserer Charakterisierung, die wir gewiß nicht aus bloßer Luft an der Kritik ausüben, kein Wort zurückzunehmen brauchen. Lediglich haben einzelne landwirtschaftliche Organisationen in unwachen Augenblicken selbst jäh von ihren Anschauungen verlaufen lassen, daß allein dadurch schon unsere Auffassung voll bestätigt wurde, wenn selbst das Verhalten der Mitglieder nicht so erschreckend deutlich redete.“

Dabei habe „kein Stand von der Allgemeinheit eine derartige Unterstützung gehabt wie der landwirtschaftliche“; aber die Augenwendung, nunmehr auch auf die Allgemeininteressen Rücksicht zu nehmen und in einer so hochkritischen Zeit den eigenen Vorteil zurückzustellen, lehne man ab in dem Hochgefühl, für die Allgemeinheit unentbehrlich zu sein. Im Gegenzug dazu hätten die Gewerkschaften der deutschen Arbeiter „vom Augenblick des Krieges an jede Versuchung, die Not zu ihren Gunsten auf Kosten der Allgemeinheit und unter Gefährdung höchster Interessen auszunutzen, entschieden zurückgewiesen.“ Diese Stellungnahme des gewerkschaftlichen Zentralorgans ist besonders bemerkenswert, weil bekanntlich von dieser Seite während der Kartoffeldebatte sehr lebhaft die Forderung für landwirtschaftliche Produkte fortgesetzt worden ist in der Annahme, „die Landwirtschaft“ würde sich für diese Hilfe der Allgemeinheit gegenüber erkenntlich zeigen. Diese Annahme ist schwer gelächelt worden und nun wird man wohl hinsichtlich der Beurteilung der landwirtschaftlichen gemeinnützigen Leistungen erheblich „umlernen“ müssen.

Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr 1915.

Die vom Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeiteten Erhebungen der Fachverbände über die Arbeitslosigkeit zeigen für das 3. Vierteljahr 1915 zum erstmaligen seit Kriegsbeginn keine weitere Abnahme der Arbeitslosenziffer. Das 2. Vierteljahr des Jahres hatte mit einem Arbeitslosenprozentsatz von 2,6 abgeschlossen. In der letzten Septemberwoche waren von den Personen, die in der Vorkriegszeit durch die 38 Fachverbände erfasst wurden, ebenfalls 2,6 Prozent arbeitslos. In den dazwischen liegenden Stadien, Ende Juli und Ende August, waren die Prozentsätze 2,7 und 2,6 gewesen. Wie stark die verhältnismäßig sehr günstige Beschäftigungsziffer durch die Kriegsber-

hältnisse, d. h. durch die Abwesenheit so vieler arbeitsfähiger Männer im Felde, beeinflusst wird, zeigt die Tatsache, daß unter den männlichen Mitgliedern der Verbände sich nur 1,2 unter den weiblichen Mitgliedern dagegen 10,1 Prozent Arbeitslose befanden.

Im Verlauf der ganzen seitherigen Entwicklung ergibt sich folgendes Bild. Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit betrug:

Ende	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915
Januar	2,9	4,2	2,8	2,8	2,9	8,2	4,7	0,5
Februar	2,7	3,1	2,3	2,2	2,0	2,9	3,7	5,1
März	2,5	3,5	1,8	1,9	2,0	2,8	2,8	3,4
April	2,8	2,0	1,8	1,8	1,7	2,1	2,8	2,9
Mai	2,8	2,8	2,0	1,6	1,9	2,5	2,8	2,9
Juni	2,9	2,8	2,0	1,6	1,7	2,7	2,8	2,8
Juli	2,7	2,5	1,9	1,8	1,8	2,9	2,7	2,7
August	2,7	2,1	1,7	1,5	1,7	2,8	2,8	2,0
September	2,7	2,1	1,8	1,7	1,5	2,7	18,0	2,5
Oktober	2,9	2,0	1,6	1,7	1,7	2,8	10,9	—
November	3,2	2,0	1,6	1,7	1,8	3,1	8,2	—
Dezember	4,1	2,0	2,1	2,4	2,8	4,8	7,2	—

Die höchsten Arbeitslosenziffern wiesen, wie schon in mehreren Vormonaten, die Gut- und Holzwarenarbeiter mit 37,4 Prozent auf. Ihnen folgen die Porzellanarbeiter mit 12,3, die Textilarbeiter mit 10,4 und die Buchbinder mit 9,5 Prozent Arbeitslosen. Dagegen heilen die Tabakarbeiter nur über 0,6, die Kupferschmiede und die Gemeinde- und Staatsarbeiter nur über 0,2 Prozent Arbeitslose zu verzeichnen.

Bei den großen, über 100 000 Mitglieder zählenden Verbänden hat sich das Bild der Arbeitslosigkeit folgendermaßen gestaltet:

Verband	Mitglieder	Prozentsatz der Arbeitslosen Ende Juni	Prozentsatz der Arbeitslosen September
Metallarbeiter	254 708	1,1	1,3
Bauarbeiter	98 655	1,4	0,9
Fabrikarbeiter	93 632	1,0	0,8
Transportarbeiter	82 186	1,0	0,8
Holzarbeiter	77 738	1,0	2,7
Textilarbeiter	72 385	5,0	10,4

Eine sehr bedenkliche Arbeitslosenziffer weisen von diesen Verbänden die Textilarbeiter auf. Für die Holzarbeiter, die seit Kriegsbeginn unter ziemlich schwerer Beschäftigungslosigkeit zu leiden hatten, hat sich die Lage wesentlich gebessert.

Insgesamt kamen während des Berichtsvierteljahres auf je 100 männliche Mitglieder 7,1 und auf je 100 weibliche Mitglieder 17,8 Fälle von Arbeitslosigkeit. Dagegen kamen auf je 100 Mitgliedertage 2,0 Arbeitslosentage gegenüber 2,2 im 2. Vierteljahr 1915. Danach lagen die Verhältnisse im letzten Vierteljahr sogar noch etwas günstiger als im vorhergehenden. Können wir, daß der Winter seine Verschlechterung der Arbeitslosigkeit bringt.

Aus der Genossenschaftsbewegung. Die Volksfürsorge ist gemeinnützig!

Der Vorstand der Volksfürsorge hat alsbald nach Eröffnung des Betriebs der Gesellschaft, am 21. August 1913, auf dem vorgeschriebenen Weg über die Direktivbehörde in Hamburg an den Bundesrat den Antrag gestellt:

„Die Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft von der Entrichtung des Aktienstempels befreit zu werden.“

Nach der Nummer 1a des Tarifs des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juni 1909 sind von inländischen Aktien 3 vom Hundert des eingezahlten Aktienkapitals zu entrichten. (In dem abgeänderten Reichsstempelgesetz vom 3. Juli 1913 ist dieser Satz auf 4% vom Hundert erhöht worden.) Von dieser Ausgabe sind nach dem Gesetz vom Jahre 1909 befreit:

„Inländische Aktien, sofern sie von Aktiengesellschaften ausgegeben werden, welche nach der Entscheidung des Bundesrats ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen, den zur Verteilung gelangenden Reingewinn sachungsgemäß auf eine höchstens vierprozentige Verzinsung der Kapitalanlagen beschränken, auch bei Auslosungen oder für den Fall der Auflösung nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zu zahlen und bei der Auflösung den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens für gemeinnützige Zwecke bestimmen. Die von solchen Aktiengesellschaften beabsichtigten Bestimmungungen müssen auch für die minderbegüterten Volksklassen bestimmt sein.“

Alle hier geforderten Voraussetzungen sind im Gesellschaftsvertrag durch die Verwaltung der Volksfürsorge erfüllt und nun vom Bundesrat als vorliegend anerkannt worden. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 28. August 1915 beschlossen, dem Antrage des Vorstandes zu entsprechen, nachdem die Voraussetzungen für die Bedingungen der Befreiungsvorschrift zu 1a des Tarifs des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juni 1909 gegeben sind. Diesem Entschluß folgend, hat die Hamburger Direktivbehörde die Stempelfreiheit vollzogen.

Der Wert dieser Entscheidung liegt nicht so sehr in der im Interesse der Beteiligten hochinteressanten finanziellen Wirkung als in der behördlichen Anerkennung, daß die Volksfürsorge dem öffentlichen Willen ihrer Gründer entsprechend, ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dient und, wie es in dem abgeänderten Gesetz vom 3. Juli 1913 formuliert ist, „wesentlich der Förderung der minderbemittelten Volksklassen dient“.

Internationale Rundschau.

Die britischen Bergarbeiter im Jahre 1914.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Wie in Deutschland ist auch in Großbritannien trotz des Weltkrieges die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht eingestellt worden. Nach den neuesten amtlichen Veröffentlichungen war es in diesem Lande sogar möglich, die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Jahre 1914 gegenüber dem Vorjahre um 32 000 = 0,8 Proz. zu erhöhen. Diese Tatsache kann natürlich nicht zum Anlaß genommen werden, Vergleiche zwischen den Ergebnissen gewerkschaftlicher Tätigkeit im verfloßenen Jahre anzustellen. Dazu sind die Unterschiede viel zu groß. Zunächst ist Großbritannien bekanntlich nicht direkt vom Weltkrieg berührt, seine Stellung im Weltkrieg ist mit der Deutschlands nicht vergleichbar und ferner besteht dort die allgemeine Wehrpflicht nicht. Trotzdem ist es auch dort infolge der durch- aus nicht allgemeinen glänzenden Geschäftslage — eine Ausnahme macht natürlich die Bergbauindustrie — einer großen Reihe von Organisationen nicht möglich gewesen, im Berichtsjahre 1914 den seitherigen Mitgliederbestand zu erhalten. Allerdings werden die Verluste ausgeglichen, ja etwas überholt durch die Gewinne anderer Organisationen.

Nach den amtlichen Zählungen — die gewerkschaftliche Statistik läßt wie so manches andere bei den britischen Organisationen bekanntlich sehr viel zu wünschen übrig — wurden gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gezählt 1914: 3 959 593, 1913: 3 928 191, 1910: 2 997 821, 1900: 1 955 704 und 1892 (dem Jahr der ersten Erhebung): 1 500 451. Der Mitgliederzuwachs beträgt in dem Zeitraum 1910/14: 65,1, von 1892 bis 1914: 172,7 Prozent. Unter diesen Mitgliedern wurden 1914: 352 944 weibliche gezählt, die zum weitaus größten Teil (70 Prozent) in der Textilindustrie organisiert sind.

In den großen Industriegruppen waren 1914 organisierte Arbeiter und selbständige Vereine vorhanden:

	Vereine	Mitglieder
Baugewerbe	50	236 524
Bergbau und Steinbrüche	94	912 577
Metalle, Maschinen- und Schiffbau	173	557 741
Textilindustrie	277	489 232
Bekleidungsindustrie	39	102 318
Verkehrs- und Transportwesen	59	705 657
Buchdruck und Papierindustrie	32	92 085
Verdienstlose Gewerbe	375	489 190
Ingelehrte Arbeiter	14	306 589

Bei diesen Zahlen fällt besonders die große Zahl der selbständigen Vereine auf. Im Jahre 1914 waren es 1123, die an das „Department of Labour Statistics“ (Arbeitsstatistisches Amt) berichtet haben. Diese ungeheure Verästelung der Gewerkschaftsbewegung ist ja der größte Mangel in der britischen Gewerkschaftsbewegung.

Ueber die Mitgliederverhältnisse in den britischen Bergarbeiterorganisationen geben die hier anschließenden Zahlen Aufschluß. In der Gesamtindustriegruppe Bergbau und Steinbrüche wurden gezählt:

	1911	1913	1914
Vereine	85	91	60
Mitglieder	747 810	916 034	912 577

Die Mitgliederzahl ist auch hier im Berichtsjahr etwas zurückgegangen und dürfte sicher mit auf die freiwilligen Meldungen zum Kriegsdienst zurückzuführen sein, die nach Kriegsmeldungen gerade unter den englischen Bergleuten besonders zahlreich erfolgt sein sollten. Aus der Gesamtmitgliederbewegung früherer Jahre sei noch bemerkt, daß die Gesamtzahl 1905: 497 232 betrug, um im Jahre 1907 auf 708 004 zu steigen.

Nach den Unterscheidungen zwischen „Kohlenbergbau“ und „sonstiger Bergbau und Steinbrüche“ wurden gezählt:

	1911	1913	1914
Kohlenbergbau	75 724 918	81 885 734	80 882 204
Sonst. Bergbau u. Steinbrüche	10 23 503	10 20 900	10 30 879

Im Kohlenbergbau wird nach in der amtlichen Statistik noch nach den Bergbaubestritten unterschieden. Bei der großen Bedeutung der britischen Bergbauindustrie und deren Organisationsverhältnis der Bergleute sind anschließend diese Zahlen noch mitgeteilt, um so über das Organisationsverhältnis nach der geographischen Lage eine Uebersicht zu geben. Es bestehen Bergarbeiterorganisationen und mit Mitgliedern:

Bezirk	1911	1913	1914
Northumberland,			
Durham u. Cumberland	11 198 803	12 213 388	13 228 609
Yorkshire	4 94 991	4 130 379	4 128 397
Lancashire und Cheshire	17 72 621	17 85 353	17 82 248
Widlands	23 127 610	27 169 433	26 164 900
Wales und Monmouth	0 140 548	10 179 147	9 176 418
Schottland	11 92 040	11 110 837	11 101 585

Wenn auch im Bergbau im Verhältnis zu der Mitgliederzahl die Organisationszersplitterung nicht so groß ist, wie in manchen anderen britischen Berufsorganisationen, so zeigen diese Zahlen doch, daß eine einheitliche Zentralorganisation die britische Bergarbeiterbewegung mächtig fördern würde.

Englische Bergarbeiter als Kriegsfreiwillige.

Die „Frankfurter Zeitung“ vom 10. November bringt folgende Havas-Meldung aus London:

Die englischen Bergarbeiter meldeten sich in so großer Zahl zum Kriegsdienst, daß darunter die Kohlengewinnung leiden könnte. Daher werden sie nur unter der Bedingung angenommen, daß sie ihre Bergwerksarbeit fortsetzen, bis sie zum Eintritt in die Armee aufgerufen werden. Sie werden eine Urkunde erhalten, die anzeigt, daß sie bereit seien, zur Landesverteidigung beizutragen und zwar in der Form, die das Land für die nützlichste halten wird.

Lohnherabsetzung in Süd-Wales.

Nach einer Pressemeldung hat das „Einigungsamt des Kohlenbergbaus in Süd-Wales eine fünfprozentige Herabsetzung der Arbeiterlöhne beschlossen. Der Rückgang des auswärtigen Handels hat verursacht, daß am Anfang der Woche ein Duzend Gruben stillstanden und 10 000 Arbeiter felernten. Die Arbeiter und Arbeitgeber beurteilten gleichmäßig die Beschränkung der Kohlenausfuhr durch die Regierung. Die amerikanische Kohle erobert die britischen Absatzmärkte.“

Die Wichtigkeit dieser Meldung können wir gegenwärtig natürlich nicht nachprüfen. Frühere Meldungen sagten, die Bergarbeiterlöhne in Großbritannien seien während des Krieges bis zu 25 Prozent erhöht worden; in Süd-Wales ist es bekanntlich vor Monaten wegen Lohnstreitigkeiten zu Arbeitseinstellungen gekommen. Wenn nun hier das Einigungsamt einer Herabsetzung der Löhne um 5 Prozent zugestimmt hat, so müssen sich die Verhältnisse für die Kohlen verschlechtert haben. In dem Einigungsamt sitzen zu gleichen Teilen Vertreter der Bergarbeiter- und der Werkseigenorganisation neben einem unparteiischen Vorsitzenden. Die beiderseitigen Ansichten und Anträge werden gründlich besprochen und dann wird abgestimmt. Kommt das Einigungsamt zu einer Entscheidung, ohne daß der unparteiische Vorsitzende den Ausschlag zu geben braucht, dann ist die Auffassung der Mehrheit der Arbeiter- und Werkseigenvertreter über die Wirtschaftslage übereinstimmend. Nebenfalls ist dieses Verfahren ein würdigeres, ein das Einvernehmen beider Interessengruppen mehr förderndes als die Art, wie immer noch im deutschen Bergbau über Lohnänderungen entschieden wird. Bei uns trifft der Werkseigenvertreter diese Entscheidung immer noch allein, auch jetzt ohne Rücksicht auf den Bergfrieden. Das englische Verfahren sei unseren Werkseignern zur Nachahmung empfohlen.

Die „wahre Internationale“.

Gegenüber Blättern der italienischen Presse, die den Katholiken Italiens und Frankreichs die Pflicht der Annäherung und des gemeinsamen Durchhaltens im Kriege begreiflich machen, legt das päpstliche Amtsblatt, der „Osservatore Romano“, in einem Artikel das Wesen der wahren Internationale dar. Es heißt darin nach dem Bericht der „Wiener Reichspost“ (Nr. 527):

„Die wahre Internationale“. Wie kann man sich unter den Katholiken spezielle Gruppenbildungen denken, die das geistige Band zerreißen müssen, das alle eint, solange man nicht die Fundamentalgriechen des Evangeliums aufgibt? Wehe uns, wenn wir den großen und univertellen Gedanken des Bewußtseins der christlichen Verbrüderung verkleinern wollten, indem wir Gruppierungen von Katholiken gegen andere Gruppierungen von Katholiken konstituieren würden. Dies wäre ein Aufgeben des wahren Verständnisses für das Christentum; denn jeder Katholik, welcher Nation er immer auch angehört, ist ein Bruder, nicht so sehr durch die Verbindung zeitlicher Zuständigkeiten, als durch die moralische, geistige und religiöse Einigung, welche allein stets bestehen bleibt. Obwohl diese einigenden Bande von absolut geistiger und gewissermaßen übernatürlicher Art sind, haben sie doch eine große, materielle Bedeutung, indem sie dem Krieg die größten Schrecken nehmen, solange alle Staatshäupter und Heeresführer sich dem Einfluß des univertalen christlichen Gedankens beugen. Das ist die einzig wahre Internationale, die nicht beim ersten Ton der Kriegstrompete zusammenbricht, sich nicht dem ersten Werkzeign für den Krieg anschließt, sondern stets bestehen bleibt als Wahrzeichen menschlicher Solidarität, als Bannerträgerin der Zivilisation, als ewiger Protest gegen die neueste Barbarei, welche die Welt im Namen von Interessen bedroht, die geringer sind als die Schäden, welche der Krieg der Welt und den Menschen bringt. Wenn der Kampf beendet ist, muß zurückgekehrt werden zu der christlichen Internationale, um dasjenige in der moralischen und physischen Welt wieder aufzubauen, was der Krieg zerstört hat.“

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Hugo II und V. Seit etwa drei Monaten kommen hier einer Kameradschaft im Revier 6, Steiger V, Kohlen weg. Im Oktober wurde auch hier dem Steiger davon Mitteilung gemacht, ebenfalls dem Arbeiterausführer, aber eine Veränderung trat nicht ein. Die Kameradschaft hat auf diese Weise in einem Monat 11 Wagen Kohlen verloren. Das ist doch wirklich keine Kleinigkeit. Es kommt aber noch hinzu, daß der Kameradschaft am Monatsanfang 12 Wagen Kohlen weniger angerechnet waren, als sie nach dem täglichen Förderungsantrag geliefert hatte. Nach dem täglichen Förderungsantrag hatte die Kameradschaft 447 Wagen Kohlen gefordert, am Schluß des Monats waren aber nur 435 angegeben. Der Betriebsführer jagte nun zwar: „Die Liste stimmt, bei uns ist ein Verstum ausgefallen“, trotzdem sind wir der allerdings sehr unmaßgeblichen Meinung, daß ein Nach- oder Uebertragungsfehler vorliegen kann. Und wenn diese Möglichkeit besteht, sollte doch nachgehört werden, damit die Arbeiter zu ihrem Rechte, d. h. ihren Kohlen kommen. Auch von anderen Ar-

behalten sind schon Klagen geföhrt worden, daß Kohlen fortkommen. Es läge im Interesse beider Teile, wenn solchen Klagen immer auf den Grund gegangen würde.

Sehe Neu-Zerlöhn, Schacht I. Dehaste Klage wird in letzter Zeit hier geföhrt über das Abhandenkommen von Kohlenwagen. Dieses gibt kein Wunder, denn es ist mehrmals vorgekommen, daß leere Wagen vom Tage wieder zurückgeführt wurden, ohne daß die Karren abgenommen waren. Auf mehrfache Beschwerde ist bis jetzt noch keine Abhilfe geschafft.

Jede Westfälischen I und II. Hier wollten Delegationsmitglieder die Verhandlungszeit eines gestorbenen Kameraden durch Anschlag bekannt geben, um dessen Bekannte zur Teilnahme an der Verhandlung zu veranlassen. Auf Schacht II wurde das auch ohne weiteres gestattet. Auf Schacht I aber erklärte der Betriebsführer auf Befragen jedoch, daß Plakat fönne ja an jede beliebige Anschlagssäule oder an einen Telegraphenmast angeheftet werden, es brauchen doch nicht mit allen Seiten die Fenster der Markentrunkontrollkäse vollgeklebt zu werden. Dieses Verhalten des Betriebsführers wirkt gerade jetzt sehr wenig erhehnd. Von „Seelenaufschwung“ ist da nichts zu merken.

Sehe Westerholt, Dienstadt und Freitags wie hier 1 1/2 Schicht verfahren. Fällt aber der Abschlag oder Lohnstag auf einen dieser Tage, dann wird einfach einen Tag später ausgelöhnt. Für die Familien, die auf den Abschlag- oder Lohnstag warten, ist das sehr unangenehm. Man sollte doch die Familien nicht länger auf das Geld warten lassen, wie unbedingt notwendig ist. In der Wäschehaus ist es jetzt recht kalt, so daß auch die Arbeiter nicht trocken. Schon im gesundheitlichen Interesse der Arbeiter sollte hier einmal nach dem Rechten gesehen werden.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Pundgrüte (Wismarschacht, Abteilung 9a). Hier werden recht viel Ueberhörsichten verfahren, aber für die vielen Schichten gibt es manchmal recht wenig Lohn. Sind doch am letzten Lohnstag Deute mit 4,88 M. pro Schicht nach Hause gegangen, womit bei den jetzigen Verhältnissen doch keine Familie unterhalten werden kann. Solche Fälle bilden aber keine Ausnahmen. So hat ein Arbeiter in diesem Jahre verdient:

Table with 4 columns: Month, Schichten, Mf., and M. pro Schicht. Rows for Jan to Oct and a Summa row.

Dieser Arbeiter hat also in zehn Monaten 321 Schichten, das sind pro Monat durchschnittlich 32,1 Schichten, verfahren und darauf 1488,21 M. = 4,68 M. pro Schicht im Durchschnitt verdient. Dabei handelt es sich um einen sehr fleißigen Arbeiter, das beweist schon die große Zahl der verfahrenen Schichten. Aber trotz allen Fleißes und aller Schichten hat er keinen für die jetzigen Verhältnisse ausreichenden Lohn verdient.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schlagwetterexplosion auf Zeche Deutscher Kaiser.

Am 8. November, nachmittags gegen 6 Uhr, ereignete sich auf der S. Sobbe, Flöz 12, der Zeche Deutscher Kaiser, Schacht III/VII, eine Schlagwetterexplosion, wodurch 21 Bergleute getötet und 9 verletzt wurden.

Die Presse zum Jubiläum der Generalkommission.

Es ist interessant, zu beobachten, wie sich die ausgesprochen sozialdemokratische Arbeiterpresse zu dem Gedenktage der Gründung unserer freigewerkschaftlichen Generalkommission äußert. Man bemerkt alsbald, daß der alte Widerwille gegen die „Rebenregierung“, der um 1898 zu sehr heftigen Angriffen gegen die Generalkommission Veranlassung gab, durchaus nicht erloschen ist, im Gegenteil, in einem bestimmten allerdings engen Kreise, eine kräftige Wiederbelebung erfahren hat. Die Generalkommission steht aber heute ganz anders geföhrt als damals da. Sie braucht sich nicht zu sorgen um ihre Zukunft, wenn auch der „Vorwärts“ so föhl wie nur möglich an leitender Stelle von dem 25jährigen Bestehen der weitaus bedeutendsten deutschen Arbeiterorganisation zentral spricht. Das ist begreiflich. In der „Vorwärts“-Redaktion ist u. a. der Abg. Arthur Stadthagen, der voriges Jahr in frohlicher Weise die Generalkommission beschuldigt hat, politische Denunziantendienste gegen den „Vorwärts“ verübt zu haben. Den Beweis ist Stadthagen prompt schuldig geblieben. Dafür kam aus seiner Umgebung vor einiger Zeit der interessante Antrag, den Kollegen Karl Legien — aus der sozialdemokratischen Partei zu treten, weil er einen Mann, der eine auffallend wechselfolle politische Laufbahn hinter sich hat, als Beispiel genannt haben soll. Daß der „Vorwärts“ nunmehr nur mit recht gemischten Geföhlen von der außerordentlich geföhrtigen Existenz der Generalkommission Notiz nimmt, ist mithin begreiflich. Wenn freilich irgend eine der Stadttagengruppe nahelebende Persönlichkeit auch nicht den hundertsten Teil von dem für die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse geleistet hat wie unsere Generalkommission, so darf diese Persönlichkeit doch sicher sein, wenn sie auch nur erdulden muß was schon hunderte und tausende „gemöhnliche“ Arbeitervertreter auf sich nehmen mußten, bei dieser Gelegenheit in die Gallerie der berehrungswürdigsten Märtyrer und Helden eingereiht zu werden.

Eine große Zahl sozialistischer Zeitungen bringt einen guten Korrespondenzartikel, der das Werden, Wirken und die geschichtliche Bedeutung der freigewerkschaftlichen Zentralorganisation würdigt. Der Schluß dieses Artikels lautet:

„Ein erhehendes Moment aber darf an diesem gewerkschaftlichen Gedenktage besonders hervorgehoben werden: die unverbrüchliche Einheit und Einigkeit in der gewerkschaftlichen Organisation in diesen 25 Jahren. Hat es auch oft an gegenwärtigen Auffassungen über tatsächliche und praktische Fragen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nicht geföhrt, so wurden diese Meinungsverschiedenheiten auf Gewerkschaftskongressen, in Vorstandsbesprechungen und in den Sitzungen der Generalkommission selbst stets in einem kameradschaftlichen und kollegialen Geiste geföhrt, der keinen verletzenden persönlichen Nachhall aufkommen ließ. In dieser Föhrung echter Kollegialität hat nicht zuletzt Karl Legien ein großes Verdienst, der stets das Beste guter Kameradschaft war. Ihm gebührt an seinem 25jährigen gewerkschaftlichen Arbeitsjubiläum aber auch vor allem die Anerkennung, durch Einsetzen seiner ganzen Persönlichkeit und mit seinem reichen Können für die gewerkschaftliche Sache unermüdblich gewirkt und somit wesentlich zum Aufbau der Gewerkschaftsbewegung beigetragen zu haben. — Möge die deutsche Gewerkschaftsbewegung, mit Karl Legien an der Spitze, wie bisher auch in Zukunft in Einigkeit und Geschlossenheit zum Wohle der deutschen organisierten Arbeiter sich fortentwickeln.“

Dieser Artikel ist unglücklich von allen uns zu Gesicht kommenden sozialdemokratischen Zeitungen abgedruckt, u. a. auch von der „Bergischen Arbeiterstimme“ (Solingen), der „Niederheinischen Arbeiterzeitung“ (Duisburg), also Blättern, die bekanntlich viel lieber mit Arthur Stadthagen als mit Karl Legien gehen. Nur in einem Blatte finden wir eine direkt auffallende Bestätigung des betreffenden Artikels, nämlich in der Essener „Arbeiterzeitung“. Dieses Blatte hat sämtliche Sätze getrichen, in denen Karl Legien lobende Anerkennung für seine Arbeit gezeigt wird! Diese Streichung muß schon darum auffallen, weil die Essener „Arbeiterzeitung“ sonst nicht, sogar mit bis zur Schwärmerzeit geizigerem Lobe fahrt, wenn es sich etwa um Persönlichkeiten wie Frau Rosa Luxemburg, Frau Clara Zetkin, Karl Kauchik (Werkstättenrat) ufm. handelt. Also kann die auffallende Artikelbestätigung nicht einer „prinzipiellen Abneigung gegen jeden Personenkultus“ zu danken sein. Persönliche Abneigung gegen den Vorsitzenden der Generalkommission, Karl Legien, den die „Arbeiter-

zeitung“ in ständiger Zeit wiederholt angegriffen hat, und „prinzipielle“ Abneigung gegen die Generalkommission überhaupt kann hier nur maßgebend sein. Es muß hier doch einmal ausgesprochen werden, daß die Essener „Arbeiterzeitung“ in der letzten Zeit bei mehreren Gelegenheiten ihre Leser sehr einseitig, um nicht zu sagen sehr irreföhrend über die tatsächliche Vorgänge in der deutschen Arbeiterbewegung unterrichtet hat. Ueber den Konflikt der Generalkommission mit dem „Vorwärts“-Stadthagen hat die „Arbeiterzeitung“ zwar die „Vorwärts“-Erklärung, aber zuerst kein Wort, erst nach gewissen Mahnungen auch nur teilweise von dem gebracht, was unsere Generalkommission zur Sache sagte. Solche Fälle einseitiger-parteilicher Berichterstattung hat die Essener „Arbeiterzeitung“ sich nicht wenige geleistet. Als im Oktober vorigen Jahres unser Kamerad Sachse in Oberhausen eine Versammlungsgrede gehalten hatte, deren selbstredend sehr geföhrtige Wiebergabe in der Presse unserer Verbandsvorstände quasi als einen nationalsozialistischen „Wirtschaftskriegsartikel“ erscheinen ließ, brudte die „Arbeiterzeitung“ in Offen diesen Bericht flugs ab. Sie besaß aber „leider“ keinen Raum für die Wiebergabe des Stenogramms der Reichstagsrede Sachses, in welcher er präzis den gewerkschaftlichen Standpunkt zu den strikten Bergarbeiterfragen entwickelte. Sachse ist allerdings auch Mitglied der Generalkommission, die über die wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung vielfach andere denkt als die Stadthagen, Bannefort, Ruzenburg, Vordardt, Kreisfeld und Genossen. Dieses Verfahren der Essener „Arbeiterzeitung“ gegen gewerkschaftliche Vertrauensleute und gegen die gewerkschaftliche Generalkommission muß noch besonders auffallen, weil der Hauptredakteur der „Arbeiterzeitung“, Heinrich Limberg, sehr wohl weiß, wie tatkäftig gerade der Bergarbeiterverband in seiner schlimmsten Niedergangsperiode (1898/99) von der Generalkommission unterstützt worden ist. Zwar hat sich Limberg schon seit Jahren so wenig wie nur denkbar um die gewerkschaftliche Organisation seiner früheren Berufsgenossen gekümmert, aber gerade damals arbeitete er als Funktionär für den Bergarbeiterverband, weiß daher, daß die Generalkommission den Bergarbeiterverband wiederholt mit Geldmitteln unterstützte und Legien selbst sich besonders agitatorisch für die Neubelebung des „alten Verbandes“ bemüht hat. Das weiß auch Limberg und deshalb dürfte man gerade von dem von ihm geleiteten Blatte eine bessere Würdigung der Arbeiten der Generalkommission und ihres Vorsitzenden erwarten. Daß ausgerechnet in diesem Blatte die Sätze des betreffenden Korrespondenzartikels, in welchem Legien fünf- undzwanzigjähriges gewerkschaftliches Arbeitsjubiläum anerkennend gedacht ist, gestrichen worden sind, während sonst mit dem Geröhme weit weniger verbienstvoller, allerdings oft ziemlich „romantischer“ Persönlichkeiten nicht gefahrt wird, das läßt tief blicken. Man wird sich auch dieses Vorkommnis merken müssen.

Bauer und Arbeiter.

Unter dieser Ueberschrift bringt die katholische „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (W. Glabbach) in ihrer Nummer 44 aus der Feder eines Unparteiischen, wie sie schreibt, eine Betrachtung, die in mehrfacher Hinsicht unser Interesse beanspruchen darf. Es wird zunächst dargelegt, daß der Landwirt gegenüber dem zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter, Gewerbetreibenden usw. der am wenigsten Beachtete ist, daß durch den Krieg alle leiden und mit Ausnahme verhältnismäßig Weniger jeder Verluste habe, der bäuerliche Produzent also auch keinen Anspruch auf Schonung habe, geschweige denn auf höheren Gewinn. Dann schreibt der Unparteiische weiter:

„Die Industriearbeiter hatten ein Anrecht darauf, auch während eines Krieges auskömmlich mit Lebensmitteln versorgt zu werden. Denn früher wurde immer gesagt, daß die landwirtschaftlichen Schutzzölle hauptsächlich auch deshalb nötig wären, um die Sicherstellung der Volksernährung auch für die Kriegszeit zu gewährleisten. Diese Zuericht war für die Industriearbeiter mit ausschlaggebend, um die landwirtschaftlichen Schutzzölle zu bewilligen und während der Friedensjahre zu tragen. Früher wurde von landwirtschaftlicher Seite immer behauptet: Wir haben die ausländische Lebensmittelzufuhr nicht nötig, wir produzieren selbst genug, die Schutzzölle verteuern die landwirtschaftlichen Produkte nicht. Sonderbar erscheint es dagegen heute, wenn von denselben landwirtschaftlichen Kreisen gesagt wird: Die Teuerung ist ganz natürlich durch den Kriegszustand zu erklären, sie röhrt hauptsächlich daher, weil die ausländische Zufuhr gestoppt ist. Damit haben die Landwirte selbst zugegeben, wie unentbehrlich die ausländische Zufuhr ist, und zwar ist zu sagen: Je höher die Preise während der Sperrung der Grenzen steigen, um so mehr wird die Notwendigkeit der ausländischen Zufuhr erwiesen. Ferner haben die Landwirte zu bedenken: Je höher die Lebensmittelpreise sind, desto höher müssen auch die Produktionskosten in der Industrie werden, und desto höher haben schließlich auch die Landwirte ihre industriellen Bedarfsartikel (Eisen, Maschinen, Kohlen, Textilwaren) zu bezahlen.“

Danals, als die Landwirtschaft sich in einer Notlage befand und nach Schutzzöllen verlangte, waren es die Organe der Arbeiter, welche ihre Standesangehörigen über die Schwierigkeiten, mit welchen die Landwirtschaft zu rechnen hatte, aufklärten und überall dazu aufforderten, den Landwirten in dieser Notlage zu helfen. Wo aber findet sich heute ein landwirtschaftliches Organ, welches die Landwirte in gerechter Weise aufflärt über die schwierige Lage des Arbeiterstandes und die Landwirte zur Rücksichtnahme und zum Entgegenkommen ermahnt.“

Die Darstellung in dem Blatte der katholischen Arbeitervereine geht sehr, wenn sie sagt, „die Industriearbeiter“ seien für Schutzzölle eingetreten und „die Organe der Arbeiter“ hätten aufgeföhrt, den Landwirten durch Zölle zu helfen; denn das haben ganz allein die Organe der sogenannten christlich-nationalen Richtung getan. Der Dank, den sie heute von der Seite der damals Bedrönnerten „ernten“, ist genau so ausgefallen, wie wir damals vorausgesehen und vorausgesagt haben. Die christlich-nationalen Arbeiter sind die Gefäuchten.

Zum Nachdenken.

ist dieser gewaltigste aller Kriege denn auch wirklich das große Erlebnis der Menschen? Brennt es ihnen Tag und Nacht auf der Seele, verfolgt es sie in wüsten Träumen, daß sich da draußen Stunde um Stunde Graues ereignet, daß täglich Laufende hingemäht werden, in tausendfacher Gestalt das Unglück durch die Lande schreitet? Nur Losen könnten das glauben. Es gibt Menschen — und Menschen, die einen freilich, die paßt es. Die empfinden die sechste Laßt des Krieges wie forterleitenden Schmerz und altern in Monaten um Jahre. Sie föhlen sich mitterantwärtlich für die gesamte Menschheit und machen auch nicht Halt vor dem Unglück jenseits der Landesgrenzen. Die andern aber: was kümmert die heute noch der Weltkrieg! Der „Seelenaufschwung“, wenn überhaupt jemals vorhanden gewesen, ist längst in nebelhafte Ferne gerückt; schon seit Monaten gehen sie wieder den Trott des Philistiers, der Krieg ist ihnen bestenfalls nur noch ein Mittel zu besserer Verdauung.

Und es ist bitter, es sagen zu müssen, daß die Zahl dieser Stumpfen und Gleichgültigen erschreckend groß ist. Da föhrte uns jüngst der Zufall in ein Koffentheater. Ein kitschiges Stück wurde gegeben, zum vierzigsten, fünfzigsten, vielleicht zum sechzigsten Male — aber jeder Platz im Zuschauerraum war besetzt, das Publikum in tollster Karnevalsstimmung. Vielleicht um dieselbe Stunde wurden draußen in mörderischem Ringen tausende Menschen vom Tode überhäuft, tödlichen Sterbende, höchsten Verwundete. Vielleicht um dieselbe Stunde krampten sich in bitterstem Schmerz die Herzen tausender Mütter, Gattinnen und Kinder, denen die Kunde vom Kriegertode des Liebsten ins Haus gerallert war. Dieses Publikum aber raste vor Vergnügen bei dem Genuß eines geschmacklosen und in der Ueberarbeitung noch unmaßig hergeröberten Schwanes französischer Abkunft. Und so sitzen Abend für Abend Tausende und aber Tausende bei seichtesten Vergnügungen oder föhren da und dort ihren Leidtinn und ihre Gedankenlosigkeit spazieren.

Es gibt Leute, die bei derlei Distinktionen eine kluge Miene aufsetzen und uns veröchern, das sei ja gerade ein Beweis unserer Kraft, daß man hier im Lande vom Kriege so gar nichts merke. Wir danken ergeblich. Denn um unsere Kraft zu beweisen, dafür gibt es bestimmt hundert andere und viel würdigere Gelegenheiten. Auch wir wünschen nicht, daß alle Menschen nur noch mit Leichenbittermeie herumlaufen sollen; gesunde Lebensbejahung ist uns lieber als Weinerlichkeit, aber es ist ein weiter Weg von dem berechtigten Drang zum Leben, den auch das graufame Ereignis dieses Krieges nicht in uns töten kann, bis zu dem frivolen Leidtinn der Menge, die sich an Kössen und anderen Nichtigkeiten ergötzt und sich jeder Spur menschlicher Würde begibt. Unsere Feldherren, die draußen dem Tode ins Auge geschaut und durchweg fürchtbares erlebt haben, müssen von solchen merkwürdigen Behauptungen unserer Kraft empört sein. Schrecklich aber ist dieser Leidtinn auch nicht das Schlimmste, was wir in diesem Kriege an Bitterkeiten erleben müssen. Viel-

schlimmer noch sind die tausendfältigen Beweise erschreckender Selbstsucht, die schmüchtige Bewunderung der Mitmenschen durch gewissenlose Geldverdiener. Für das Schreiben dieser Banalitäten ist kein Wort zu sparen; kein Galgen wäre zu hoch für sie. Man hat ihnen Moralpauken gehalten, an ihr Gewissen und ihren Patriotismus appelliert — natürlich vergebens. Diese Sorte hat einen Welsch, wo andere Leute das Herz haben. Dann hat man zu allen möglichen anderen Maßnahmen gegriffen, tausend Verbordnungen erlassen, Strafen festgesetzt, fli. traffe Fälle sogar den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte angedroht. Hört es etwas? Nicht das geringste! Diese schweren Jungens verstehen ihr Geschäft und wissen allen bürokratischen Maßnahmen ein Schnippchen zu schlagen. Die Preise des Notwendigsten steigen, kettern bis zu fabelhafter Höhe hinauf, und das Volk hungert.

Das ist eine der Lehren dieses Krieges, daß die Menschen bei noch so gewaltigen Erschütterungen doch durchweg die alten bleiben: weder wird ihr Seelenzustand stark beeinflusst, noch erlahmt in unserer kapitalistischen Welt der Drang nach dem Golde. Bei den Kämpfern draußen wird es ja vielfach anders sein, hier im Lande aber wird der Krieg nur wenigen zum wirklichen Erlebnis, die niederziehenden Einbrüche überwiegen die erhebenden, und da sich in der scharfen Verleuchtung des Krieges alle Dinge viel schärfer ausdrücken, sehen wir auch Klaver die Fehler und Schwächen der Menschen, gemahnen wir Schwüchigkeiten, die früher dem Auge verborgen blieben. Diese Erfahrungen aber müssen in uns nachwirken. Sie werden unsere Arbeit nach dem Kriege beeinflussen. Lehren sie uns doch eindringlich, welche gewaltige Erziehungsarbeit noch an der Menschheit zu vollbringen ist, um ihr soziales Gefühl im weiteren Sinne auszubilden und jedem einzelnen das Bewußtsein seiner Mitverantwortlichkeit für die Gesamtheit einzuhämmern, — und lehren sie uns die alles überragende Notwendigkeit, nunmehr dem „freien Spiel der Kräfte“ endgültig den Garaus zu machen und in den Mittelpunkt der Welt nicht mehr den kapitalistischen Profit, sondern den Menschen zu stellen. Zu den großen Lehren des Krieges gehört die Lehre von der Notwendigkeit des Sozialismus. „Courier“.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Eine wadere Mitkämpferin.

haben die Kameraden von Gruhlwerkheide und Umgegend am Bus- und Bettag zur letzten Ruhestätte begleitet. Es war die Ehefrau unseres Kameraden Wolfgang Weichtanner, der nebst seinem ältesten Sohne im Felde, an der Front, steht. Beide waren für die Bestattung der Frau und Mutter beurlaubt. Frau Weichtanner ist ihrem Manne auch eine treue Kameradin bei der Arbeit für den Bergarbeiterverband gewesen. Als der Krieg uns fast unsere ganze Ortsverwaltung raubte, hat sich die nun allzu früh Verstorbenen wader der Ortsverwaltungsbereitungen nach Kräften mit angenommen und ist den neuen Vertrauensleuten tapfer zur Seite gestanden, bis eine tödliche Krankheit ihrer Tatkraft ein Ende setzte. Welche Liebe und Anhänglichkeit sich dadurch Frau Weichtanner erworben hat, beweist die große Trauergemeinde, welche das Grab der Verstorbenen umstand. Auch unser Bezirksleiter, Kamerad M. Schölscher, hatte es sich nicht nehmen lassen, seiner treuen Mitarbeiterin die letzte Ehre zu erweisen. Zahlreiche Kameraden und ihre Frauen schlossen sich ihm an. Das Andenken der Verstorbenen wird von allen, die sie kannten, in Ehren gehalten werden. Wir wünschen, daß der Krieg recht bald zu Ende geht und der Kamerad Weichtanner nebst seinem Sohne gesund zu den verwaissten Kindern und Geschwistern zurückkehren.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 48. Woche (vom 21. bis 27. November 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Berichtigung. In Nr. 46 der „Bergarb.-Ztg.“ wurde die Zahlstelle Linfort als Restant aufgeföhrt. Das ist ein Irrtum. Linfort hat rechtzeitig abgerechnet. Hauptkasse.

Rechtsschutz betreffend.

Sattingen. Die Sekretariats-Sprechstunden finden vom Samstag, den 20. November ab, von 4—7 Uhr beim Wirt Heinrich Kellermann, Bahnhofstraße 67, statt.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben: Holsterhausen. Vom 20. November bis 1. Dezember. Kamen I. Vom 27. November bis 12. Dezember.

Abwesenveränderungen.

Ober-Margloh. Der II. Vertrauensmann Ludwig Valfes wohnt Salzmannstraße 11. Der Kassierer Paul Scholz wohnt Goethestraße 99.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- List of names of fallen soldiers: August Stinka, Kirdöfde, Hermann Keller, Mülheim II., Heinrich Schönebach, Nieffe, Wilhelm Wollenhaupt, Nieffe, Wilhelm Koll, Nieffe, Jakob Schöndorfer, Bierrevillers, Ludwig Werth, Kamen II., Albert Schöbel, Erdborn, Georg Bittner, Marten, August Geins, Marten, Rudolf Girnus, Marten, Friedr. Wismann, Beckhausen, Wilhelm Bedder, Deusen, Josef Loslar, Penzberg, Franz Belohlawek, Penzberg, Bernhard Schröger, Penzberg.

Hier werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten! Berichtigung. Das in Nr. 51 von 1914 der „Bergarbeiter-Zeitung“ als gefallen gemeldete Mitglied Karl Schomäder, Erbe, befindet sich in ruffischer Gefangenschaft.

Werne bei Langendreer. Landtagsabgeordneter Otto Hue

Spricht am Sonntag, den 28. November, nachmittags 4 Uhr, im großen Ewaldschen Saale (Zur Tropfsteingrotte, Joh. Thumeyer) über das Thema:

Die deutsche Volkswirtschaft im Weltkriege.

118 Der Einberufer: Linus Scheibe, Bochum.

Bergarbeiter-Taschenkalender

für das Jahr 1916 ist in unserem Verlage erschienen und nebst Weisheit zum Preise von nur 50 Pf. durch uns zu beziehen. Bestellungen durch die Ortsverwaltungen erbitten G. Hansmann & Co., Bochum, Riemelh Straße 42